

# SÜDAFRIKA 2021

## Zusammenfassung

Die geschlechtsspezifische Gewalt nahm dramatisch zu, und der Zugang von Frauen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung war eingeschränkt. Kinder waren mit erheblichen Ungleichheiten im öffentlichen Bildungssystem konfrontiert, die durch Covid-19 noch verschärft wurden: Bis zu 500.000 Kinder brachen während der Pandemie die Schule ab. Es gab zahlreiche Fälle von angeblicher Korruption in den Gesundheitsämtern der Provinzen. Millionen von Menschen hatten keinen Zugang zu angemessenen sanitären Einrichtungen und Wasser. Unternehmen in ausländischem Besitz wurden Ziel fremdenfeindlicher Angriffe, und Migranten ohne Papiere wurden davon ausgeschlossen, die Impfung gegen Covid-19 zu erhalten. Die Sicherheitskräfte gingen weiterhin mit übermäßiger Gewalt gegen friedliche Demonstranten vor, und Hunderte von Menschen starben in Folge von Polizeieinsätzen. Gewaltsame Unruhen in zwei Provinzen, die durch die Verhaftung des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma ausgelöst wurden, forderten mindestens 360 Todesopfer und führten zum Verlust von Arbeitsplätzen, wodurch sich die Ungleichheiten weiter verschärften. Die Behörden versäumten es, dafür zu sorgen, dass die Bergbauindustrie Standards zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen gegenüber den Gemeinden einhielt. Es tauchten Beweise für die Mitschuld Südafrikas an Kriegsverbrechen im Jemen auf. Umweltschützer befürchteten, dass ein geplantes Ölexplorationsprojekt die Meeresfauna bedrohen würde.

## Hintergrund

Im Juli genehmigte Präsident Ramaphosa die Entsendung von 1.495 Soldaten nach Mosambik, um die Sicherheitsgefahren in Cabo Delgado im Nordosten des Landes zu bekämpfen (siehe Eintrag zu Mosambik).

Die Untersuchungskommission (Commission of Enquiry into State Capture) setzte die Anhörung von Zeugenaussagen im Zusammenhang mit Korruptionsvorwürfen und anderen Missständen unter der Präsidentschaft von Jacob Zuma fort, der wegen Missachtung des Gerichts inhaftiert wurde, weil er sich weigerte, vor der Kommission zu erscheinen. Nachdem er zwei Monaten seiner 15-monatigen Haftstrafe abgesessen hatte, wurde er auf Bewährung entlassen. Der erste Teil des Kommissionsberichts sollte im Januar 2022 veröffentlicht werden und sich mit der Korruption in wichtigen staatlichen Unternehmen, darunter South African Airways, befassen. Die Teile zwei und drei sollten im Februar 2022 veröffentlicht werden.

## Geschlechtsspezifische Gewalt

Die im August veröffentlichten offiziellen Kriminalitätsstatistiken zeigten eine Zunahme einiger Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Trotz der Verabschiedung des Nationalen Strategieplans gegen geschlechtsspezifische Gewalt und Femizid (National Strategic Plan on Gender-Based Violence and Femicide) durch die Regierung im Jahr 2019, mit dem verstärkt auf die hohe Zahl geschlechtsspezifischer Gewalt reagiert werden soll, ergab die Statistik einen Anstieg der Vergewaltigungsfälle um 72,4 %, der anderen Formen sexueller Übergriffe um 77,6 % und aller Sexualdelikte um 74,1 %. Der dramatische Anstieg der Fälle wurde zwar auf die niedrige Meldequote während der Covid-19-Sperrzeit zurückgeführt, doch waren die Zahlen im Jahr 2021 immer noch höher als in der Zeit vor der Pandemie. Das Parlament verabschiedete im September drei neue Gesetze zur Stärkung des Schutzes vor geschlechtsspezifischer Gewalt.

In der ersten Jahreshälfte gab es mindestens 117 Femizide. Im August führte die Ermordung von Nosiselo Mtebeni durch ihren Freund zu einem öffentlichen Aufschrei. Nosiselo Mtebeni war eine 23-jährige Jurastudentin in ihrem letzten Studienjahr an der Fort Hare Universität in

der Provinz Ostkap, als sie ermordet wurde. Ihre Leiche wurde zerstückelt und in einem Koffer und in Plastiksäcken verstaut. Ihr Freund wurde für den Mord an ihr zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt.

### **Sexuelle und reproduktive Rechte**

Viele Frauen und Mädchen hatten während der Maßnahmen gegen die Verbreitung des Coronavirus keinen Zugang zur sexuellen und reproduktiven Gesundheitsversorgung. In der Provinz Gauteng wurden zwischen April 2020 und März 2021 23.226 Teenagerschwangerschaften registriert. Davon waren 934 der Mädchen zwischen 10 und 14 Jahren alt. Die hohe Rate an Teenagerschwangerschaften wurde teilweise auf den schwierigen Zugang zu Verhütungsmitteln zurückgeführt. In einer vom South African Medical Research Council durchgeführten Umfrage unter jungen Frauen im Alter von 15 bis 24 Jahren gaben 21 % der Befragten an, aufgrund von Covid-19-Maßnahmen Schwierigkeiten zu haben, Kondome zu bekommen.

### **Recht auf Bildung**

Während der Covid-19-Pandemie kam es zu systematischen Versäumnissen im Bildungssystem. Die National Income Dynamics Coronavirus Rapid Mobile Survey, eine Kollaboration von über 30 südafrikanischen Forschern mehrerer Universitäten und Forschungsorganisationen, ergab, dass während der Pandemie bis zu 500 000 Kinder zusätzlich die Schule verließen. Die Zahl der Schulabbrecher erreichte im Mai etwa 750.000, mehr als dreimal so viele wie vor der Pandemie (230.000). Nach Angaben des Department of Basic Education kehrte eines von drei schwangeren Mädchen zwischen 10 und 19 Jahren nicht in die Schule zurück.

Viele Schulen waren unterfinanziert und die sanitären Verhältnisse waren schlecht. Am 12. April waren in 5 167 Schulen noch Grubenlatrinen in Betrieb, was gegen die Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften verstößt.

### **Recht auf Gesundheit**

Südafrika ist nach wie vor das am stärksten von Covid-19 betroffene Land in Afrika, sowohl was die Zahl der gemeldeten Fälle als auch die Zahl der Todesfälle betrifft. Im Juli hatten die Gesundheitseinrichtungen Mühe, die dritte Welle zu bewältigen. Allein in der Provinz Gauteng waren rund 91 % der privaten und öffentlichen Krankenhausbetten belegt. Im September waren etwa 8,4 Millionen Menschen vollständig geimpft, bei einer Bevölkerung von fast 60 Millionen. Migrantinnen ohne Papiere hatten keinen Zugang zum Impfstoff. Das Antikorruptionsforum für den Gesundheitssektor und die Sonderermittlungseinheit nahmen sich zahlreicher Fälle von angeblicher Korruption in den Gesundheitsabteilungen der Provinzen an. Der frühere Gesundheitsminister Zweli Mkhize trat im August zurück, nachdem er in die irreguläre Vergabe einer Ausschreibung für Kommunikationsdienste im Zusammenhang mit Covid-19 verwickelt war, die zu einer angeblichen Veruntreuung von 150 Millionen ZAR (über 10 Millionen US-Dollar) führte.

### **Rechte auf Wasser und sanitäre Einrichtungen**

Die Gemeinden hatten nach wie vor Probleme, den Zugang zu Wasser und zu sanitären Einrichtungen zu ermöglichen. Nach Angaben des Ministeriums für Wasser und Sanitärversorgung hatten schätzungsweise 5,3 Millionen Haushalte keinen Zugang zu sicherem Trinkwasser und 14,1 Millionen Menschen keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen. In einigen Gemeinden verfügten nur 50 % der Einwohner über angemessene sanitäre Einrichtungen. Die Proteste wegen des fehlenden Zugangs zu Wasser und sanitären

Einrichtungen hielten das ganze Jahr über an und störten die Wählerregistrierung für die Kommunalwahlen 2021. Im September protestierten die Bewohner von Khayelitsha in Kapstadt gegen verstopfte Abwasserkanäle und Abwässer, die ihre Straßen hinunter und in ihre Häuser liefen und ihre Gesundheit gefährdeten.

## **Rechte von Flüchtlingen und Migranten**

Über 153.000 Asylanträge waren noch nicht bearbeitet. Die Regierung und das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR unterzeichneten im März eine Vereinbarung über 9,6 Millionen US-Dollar, um den Rückstand aufzuholen und das Asylverwaltungssystem bis 2024 zu erneuern. Im Mai entschied der Western Cape High Court, dass das 2012 geschlossene Refugee Reception Office (RRO) in Kapstadt wiedereröffnet werden muss. Dies geschah, nachdem das Innenministerium einer gerichtlichen Anordnung des Obersten Berufungsgerichts aus dem Jahr 2017 nicht nachgekommen war, das RRO bis März 2018 wieder zu öffnen. Seit der Schließung mussten die in Kapstadt lebenden Asylbewerber alle paar Monate nach Durban, Musina oder Pretoria fahren (1.455 km, 1.633 km bzw. 1.923 km), um ihre Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern.

Im Laufe des Jahres kam es zu sporadischen fremdenfeindlichen Übergriffen, wobei in Durban Geschäfte von Migranten angegriffen wurden.

## **Exzessive Gewaltanwendung**

Die südafrikanische Polizei ging weiterhin mit übermäßiger Gewalt gegen friedliche Demonstranten vor, was zu Todesfällen und Verletzungen führte. Beim Independent Police Investigative Directorate (IPID), einer offiziellen Aufsichtsbehörde der Polizei, gingen bis zum Ende des Haushaltsjahres 2021 am 28. Februar 6.122 neue Beschwerden ein. Dabei wurden 4228 Fälle von Körperverletzung, 353 Tode infolge von Polizeieinsätzen, 256 Fälle von Folter und 80 Vergewaltigungen durch einen Polizeibeamten verzeichnet.

Während der Unruhen im Juli in Teilen der Provinzen Gauteng und KZN gingen 74 Beschwerden beim IPID ein (siehe unten, Recht auf Leben und Sicherheit der Person). Darunter waren 26 Todesfälle infolge von Polizeieinsätzen, während es 25 Beschwerden wegen Körperverletzung und vier Todesfälle in Polizeigewahrsam gab. Zwei Fälle von Folter wurden gemeldet.

## **Rechtswidrige Tötungen**

Im März wurde Mthokozisi Ntumba von Angehörigen der südafrikanischen Polizei erschossen, als er an einem von Studenten organisierten Protest in Braamfontein in Johannesburg vorbeikam. Die Studenten der University of Witwatersrand protestierten gegen den Ausschluss von Studenten mit ausstehenden Gebühren von der Universität. Der Prozess gegen vier Polizeibeamte im Zusammenhang mit der Ermordung von Mthokozisi Ntumba wurde auf 2022 verschoben.

## **Recht auf Leben und Sicherheit der Person**

Im Juli kam es in Teilen der Provinzen Gauteng und KZN nach der Inhaftierung von Jacob Zuma zu gewaltsamen Plünderungen und Zerstörungen von Eigentum. Die Unruhen griffen auf Wohngebiete über, und in Ermangelung einer deutlichen Polizeipräsenz griffen viele Gemeinden zur Selbstjustiz. Die South African National Defence Force wurde zur Unterstützung der Polizei vor Ort eingesetzt. Während der einwöchigen Unruhen starben mindestens 360 Menschen. Einige starben bei Ausschreitungen, andere durch scharfe Munition oder Gummigeschosse, die aus nächster Nähe abgefeuert wurden.

## **Rechenschaftspflicht der Unternehmen**

Das Ministerium für Bodenschätze und Energie hat sein jährliches Ziel, die Minen auf die Einhaltung der Sozial- und Arbeitspläne (Social and Labour Plans, SLPs) zu überprüfen, weiterhin nicht erreicht. Die strikte Einhaltung der SLPs würde dazu beitragen, dass die negativen sozioökonomischen Auswirkungen des Bergbaus beseitigt und Menschenrechtsverletzungen verhindert werden könnten.

## **Unverantwortliche Waffentransfers**

Im März zeigte ein Forschungsbericht von Open Secrets, einer Organisation, die Wirtschaftsverbrechen des privaten Sektors aufdeckt, die Verbindungen Südafrikas zu angeblichen Kriegsverbrechen im Jemen auf. Rheinmetall Denel Munitions, eines der staatlichen Unternehmen, und andere südafrikanische Firmen hatten die von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten geführte Koalition im bewaffneten Konflikt im Jemen regelmäßig mit Waffen wie Bomben und Granaten beliefert, und zwar vor und seit Beginn des Konflikts (siehe Eintrag Jemen). Im Juni ordnete das Oberste Gericht in Pretoria an, dass eine Liste der südafrikanischen Rüstungsunternehmen, die Waffen geliefert haben, die im Jemen-Konflikt nachweislich gegen Zivilisten eingesetzt wurden, öffentlich gemacht werden müsse.

## **Umweltzerstörung**

Im Juli rief das National Disaster Management Centre eine Dürrekatastrophe in den Provinzen Ostkap, Nordkap und Westkap aus. Der erste umfassende Rechtsrahmen des Landes im Kampf gegen den Klimawandel wurde im November im Parlament eingebracht. Ebenfalls im November schloss sich die Regierung Frankreich, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den USA und der EU an, um einen gerechten Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu unterstützen. Im Dezember unterstützte der Energieminister die Pläne von Shell, an der Wild Coast seismische Ölexplorationen durchzuführen, die nach Ansicht von Umweltschützern die Meeresfauna bedrohen würden. Das Oberste Gericht in Makhanda im Ostkap erließ am 28. Dezember eine einstweilige Verfügung, um die Exploration bis zum zweiten Teil des Verfahrens vorläufig zu stoppen.